

9. Deutscher Präventionstag

am 17. und 18. Mai 2004

**im Kultur- & Kongresszentrum Liederhalle
in Stuttgart**

Rede

von Herrn

Landespolizeipräsident

Erwin Hetger

„Kommunale Kriminalprävention - Netzwerke für mehr Sicherheit“

(Schriftfassung des Vortrags - es gilt das gesprochene Wort)

Gliederung

- I. Einleitung**
- II. Wie entstand Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg? - Den Boden bereiten!**
- III. Warum setzen wir in Baden-Württemberg auf die Karte KKP?**
- IV. Erfolgsfaktoren der Kommunalen Kriminalprävention**
 1. Ursachenorientierung und vor-Ort-Ansatz
 2. Gesamtgesellschaftlich und Ressort übergreifend
 3. Ganzheitlich und vernetzt
 4. KKP ist Führungsaufgabe
 5. KKP erfordert Präsenz
 6. Keine Präventionsbürokratie
 7. Finanzielle Förderung im Rahmen des Möglichen
- V. Schwerpunkte und Handlungsfelder der KKP in BW**
 1. Lagebilder als Grundlage
 2. Gemeinsame Sicherheitsanalysen
 3. Jugendkriminalität
 4. Gewalt an Schulen
 5. Gewalt im sozialen Nahraum
 6. Aussiedler
 7. Ehrenamtliches Engagement
 8. Städtebau und Kriminalprävention
 9. Evaluation tut Not
- VI. Die Rolle der Polizei in der KKP**
- VII. Fazit**

I. Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie im Rahmen des 9. Deutschen Präventionstags hier in Stuttgart herzlich begrüßen. Was dürfen Sie von meinem Vortrag erwarten? Ich will versuchen, Ihnen die Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren der Kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg aus dem Blickwinkel der Polizei darzustellen - und natürlich die dahinter stehende Sicherheitsphilosophie.

Aber, zunächst darf ich meiner Freude Ausdruck verleihen, dass der 9. Deutsche Präventionstag in diesem Jahr

erstens: in Baden-Württemberg, in der Landeshauptstadt Stuttgart stattfindet, zweitens, unter dem wichtigen Leitthema Kommunale Kriminalprävention steht und drittens, dass ich hier und jetzt in meinem Vortrag auf dieses Leitthema eingehen kann.

II. Wie entstand Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg? - Den Boden bereiten!

Lassen Sie mich zunächst skizzieren, welche Rahmenbedingungen erforderlich sind, um der KKP zum Durchbruch zu verhelfen.

Wer heute antritt mit dem Vorsatz, ab morgen machen wir KKP, hat von vornherein verloren. Das Samenkorn KKP kann nur aufgehen, das Pflänzchen KKP kann nur wachsen, wenn der Boden hierfür bereitet, wenn das Klima dazu geeignet ist. Was bedeutet das für uns als Polizei?

Erstens: Man muss bei der eigenen Truppe ansetzen. Die Polizei muss bürgerorientiert arbeiten und dies im täglichen Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern auch sichtbar leben. Sie muss sensibel, kommunikativ, offen und transparent sein. Keine law- and order-Polizei als gefürchtete Ordnungsmacht, sondern eine Bürgerpolizei als Dienstleister in Sachen Sicherheit.

Zweitens: Dazu gehört auch, dass die Polizei - bevor Forderungen an andere gestellt werden - den Gedanken der Prävention erst einmal für sich selbst verinnerlicht. Die Polizei muss von der Notwendigkeit, nicht nur repressiv, sondern gerade auch präventiv gegen Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig und konsequent vorzugehen, überzeugt sein. Dieser Paradigmenwechsel braucht seine Zeit, gerade in einer so großen Organisation wie der Polizei. Repression und Prävention sind für uns zwei parallele Prinzipien im Vorgehen - und keine Gegensätze. Eine konsequente Repression wirkt schließlich auch präventiv. Wichtig ist, dass beide ineinander greifen und sich möglichst optimal ergänzen.

Drittens: Die Polizei muss also zunächst ihre eigenen „Hausaufgaben“ erledigen, bevor sie auf Partner zugeht, um eine vernetzte Präventionsarbeit auf den Weg zu bringen. Sie muss durch Kompetenz und Bürgernähe überzeugen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, und das notwendige „Standing“ bei den Kommunalverantwortlichen zu gewinnen.

Mein Zwischenfazit ist also: Soll KKP erfolgreich sein, so muss der Boden hierfür sensibel und systematisch bereitet werden. Es macht keinen Sinn, Kommunale Kriminalprävention von oben zu verordnen oder den Kommunalverantwortlichen per Dekret über zu stülpen. Das erforderliche Klima muss geschaffen werden. Die Kommunalverantwortlichen müssen spüren und merken, dass eine bürgerorientierte leistungsstarke Polizei in den kommunalen Raum hinein wirkt. Wo dies so ist, ist die Brücke für eine funktionierende Kooperation zwischen Polizei und Kommune geschlagen.

Diese wichtigen Voraussetzungen haben wir Anfang der 90er Jahre in Baden-Württemberg eingeleitet. Wir haben den Ansatz der KKP Ende 1993 in vier Modellstädten wie Calw, Freiburg, Ravensburg und Weingarten im Praxistest auf Herz und Nieren geprüft. Schon bald zeigte sich, dass unsere gemeinsame Initiative mit diesen Städten auf fruchtbaren Boden fiel. Die Resonanz war durchgängig positiv. Unsere Kommunalpolitiker erkannten die Chance, die in der KKP steckt. Vor allem wurde ihnen klar, dass die Polizei sich nicht zurückzieht und keine Aufgaben aus ihrem Beritt an die Rathäuser abdrückt. Besonders überzeugend war hier, dass die Oberbürgermeister der Pilotstädte (zum Beispiel Herr OB Vogler aus Ravensburg) sich als engagierte Multiplikatoren zum Fürsprecher der KKP machten und so auch die Bedenkenräger und Skeptiker in den Kommunen für diese Idee gewonnen werden konnten.

Auf Grund der positiven Erfahrungen haben wir uns im Frühjahr 1997 an die Aufgabe gemacht, nun die Impulse für die landesweite Einführung der KKP zu schaffen. War für den ersten Schritt noch die Richtung entscheidend, galt es jetzt im zweiten Schritt, an Weite zu gewinnen. Dass auch dies gelungen ist, daran hatten die Kommunalen Landesverbände, also der Städte-, Landkreis- und Gemeindetag, wesentlichen Anteil. Schon bei unseren ersten Sondierungsgesprächen stießen wir dort auf offene Ohren. Diese konstruktive Grundhaltung war die Basis für den erfolgreichen Prozess der Einführung der KKP; und dieser enge Schulterschluss zwischen Land, Polizei und Kommunalen Landesverbänden hält bis heute an.

Die jetzt im Zuge Verwaltungsreform anstehende Übertragung der Koordinierung der KKP auf die Stadt- und Landkreise ist ein weiterer logischer Folgeschritt. Damit wird die KKP als dauerhafter kommunaler Planungsgegenstand in der Kommunalpolitik verankert.

III. Warum setzen wir in Baden-Württemberg auf die Karte KKP?

KKP ist Herzstück unserer Sicherheitsphilosophie. Unser Devise ist klar und einfach: Wir lassen die Dinge nicht ‚treiben‘, sondern gehen gegen gefährliche Entwicklungen schon im Ansatz ursachenorientiert vor – und zwar in allen Bereichen. Das heißt konkret: Die Polizei wartet nicht ab, bis sich Fehlentwicklungen verfestigt haben. Sie reagiert nicht, sondern agiert, und zwar frühzeitig und entschlossen, nicht erst, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Agieren heißt, das wir als Polizei das Heft des Handelns in die Hand nehmen und gezielt fragen, wo die Ursachen liegen, was die kriminalitätsfördernden Faktoren sind und was, wie die Polizei tun kann, um im Sinne eines „Wehret den Anfängen!“ gegenzusteuern.

Die Polizei ist als rund um die Uhr erreichbare Hilfsinstanz mit Fehlentwicklungen im wahrsten Sinne des Wortes hautnah konfrontiert. Sie hat schon allein deshalb ein ureigenes Interesse, mit dafür zu sorgen, dass Brennpunkte, Kriminalität und Ordnungsstörungen nicht Platz greifen.

Sie drängt sich mit ihrem Engagement auf dem Feld der Prävention nicht nach neuen Aufgaben. Sie tut gut daran, sich mit ihrer Kompetenz und ihrem Sachverstand einzubringen, ohne deshalb aber andere aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Durch das gute und effektive Zusammenwirken von Polizei, Bürger, Kommune und anderen Verantwortungsträgern entsteht eine win-win-Situation, von der alle etwas haben: Die Bürgerinnen und Bür-

ger trauen sich nachts wieder auf die Straße, wenn diese belebt, sauber und einsehbar ist. Die Kommunalpolitiker erfahren, dass Sicherheit in den Städten ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. So wirkt sich Prävention für jedermann positiv aus.

Im Übrigen: Wörtlich übersetzt heißt „Prävention“ „zuvorkommen“. Und genau das muss unser Ansatz sein. Den Dingen zuvorkommen. KKP trägt mit dazu bei, dass die Polizei ins Vorfeld der Kriminalität gelangt und mit anderen zusammen deutlich zielgenauer an den Ursachen und Entstehungsbedingungen ansetzen kann. Deshalb war die landesweite Einführung der KKP - eingebettet in unsere Gesamt-Sicherheitsstrategie mit den Hauptsäulen konsequente Repression und ursachenorientierte Prävention - die richtige Antwort auf steigende Kriminalitätszahlen und die zunehmende Verbrechensangst in unseren Städten und Gemeinden. Mit dieser Einschätzung stehen wir nicht alleine: Sowohl die Praktiker vor Ort als auch die kriminologische Forschung sehen in der KKP den zukunftsweisenden Weg.

IV. Erfolgsfaktoren der Kommunalen Kriminalprävention

Aus meiner Sicht sind es folgende Gründe, auf denen der Erfolg der Kommunalen Kriminalprävention im wesentlichen fußt:

1. Ursachenorientierung und Vor-Ort-Ansatz

Wirksame Kriminalprävention muss vor Ort ansetzen. Sie kann nicht im Sinne von Fünf-Jahres-Plänen von der Landesebene vorgegeben werden. Niemand weiß besser, wo der Schuh drückt, als die Betroffenen und Verantwortlichen vor Ort. Das Überstülpen schablonenartiger Rezepte hätte nur einen Effekt: Die Akzeptanz bei den Kommunen, bei den Kommunalverantwortlichen würde zerstört. Ganz bewusst haben wir bei der Einführung der Kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg keine Strukturen vorgegeben. Was im Landratsamt A unter den Bedingungen XY funktioniert, muss nicht das Allheilmittel im Landratsamt B sein.

Man muss auch sehen, dass es in einem Flächenland wie Baden-Württemberg, im Gegensatz zu den Stadtstaaten, die unterschiedlichsten Problemkonstellationen gibt, die mit KKP angegangen werden müssen. Wir haben Landkreise mit einem hohen Aussiedleranteil. Dort sind die Problemlagen gänzlich anders als in Stuttgart, wo wir zwar 24 Prozent Aus-

länder, darunter aber nur vergleichsweise wenige Aussiedler haben. Jede Stadt hat ihre eigene Struktur. Mannheim mit Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen ist ein anderes Pflaster als der kleine Stadtkreis Baden-Baden mit seinen Kurgästen oder die Studentenstadt Freiburg. Es kommt also entscheidend auf die Ausgangsbedingungen vor Ort an! Kommunalverantwortliche und Gemeinde- und Stadträte sind selbstbewusst und reklamieren völlig zu Recht breite Spielräume - all das muss man berücksichtigen. Maßgeschneiderte und von den Verantwortlichen in den Kommunen mitentwickelte und mitgetragene Präventionskonzepte bieten größere Erfolgchancen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass über 70 Prozent aller Tatverdächtigen am eigenen Wohnort oder zumindest in dem Landkreis auftreten, in dem sie auch wohnen. Insofern ist es nur konsequent, die Ursachen und begünstigende Faktoren unmittelbar dort anzugehen, wo sie entstehen - vor Ort in den Städten und Gemeinden.

2. Gesamtgesellschaftlich und Ressort übergreifend

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Kriminalität hat viele Ursachen. Gesellschaftliche, individuelle, soziale und situative Aspekte spielen eine Rolle. Polizeiliche Maßnahmen allein greifen deshalb zu kurz. Auf viele gesellschaftliche Bereiche, wie beispielsweise Erziehung, Schule, Wohnsituation oder Freizeitgestaltung hat die Polizei kaum Einfluss. So vielfältig und vielschichtig die Ursachen von Kriminalität sind, so vielgestaltig müssen auch die Präventionsansätze sein. Gleichgültig ob Polizei, Landkreise, Städte, Gemeinden, Kirchen, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen, Soziale Träger, Justiz, Wirtschaft, Wissenschaft, Vereine, Verbände oder sonstige Institutionen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger, alle sind gefordert. Kommunale Kriminalprävention muss deshalb als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe angesehen und auf breiter Front angegangen werden.

3. Ganzheitlich und vernetzt

Die Begriffspaare „ganzheitlich und vernetzt“ wirken fast schon etwas „abgenutzt“. Trotzdem - das Prinzip der Vernetzung in der Kommunalen Kriminalprävention ist richtig und wichtig. Nur so entstehen fachübergreifende Strukturen, in denen das Know-how und die Kompe-

tenz der Beteiligten – institutionell abgesichert - effektiv genutzt werden können. Vernetzung fängt schon bei der gemeinsamen Problemsicht an. Da gibt es häufig verschiedene und teilweise gegenläufige Interessen und naturgemäß auch Konflikte. Deshalb muss eine gemeinsame Problemanalyse der Beteiligten am Anfang stehen. Es nutzt wenig, wenn die eine Institution beispielsweise bestimmte Entwicklungen zum zentralen Arbeitsschwerpunkt erklärt, ohne dass andere fachlich berührte Professionen beteiligt werden.

Runde Tische sind oft die „Keimzelle“ der lokalen Netzwerkstruktur und ein wichtiges Instrument zur Bündelung der Kräfte vor Ort. Kritisch zu hinterfragen ist, ob in den Arbeitszirkeln nur am „Bedenkenkarussell“ gedreht wird, oder ob die Beteiligten am Ende des Diskussionsprozesses mit ganz konkreten Maßnahmen aufwarten können, die von allen mitgetragen werden. Entscheidend ist, dass alle Beteiligten den gemeinsam erkannten Handlungsbedarf anschließend auch möglichst konkret vor Ort mit ihren Möglichkeiten umsetzen. Die Polizei ist natürlich mit von der Partie. Sie muss in den Arbeitsgremien vertreten sein und ihre Positionen einbringen.

4. KKP ist Führungsaufgabe

Die Führung muss sich klar positionieren. Nur seinen Namen herzugeben und dann die „zweite oder dritte Garnitur“ in die Sitzungen zu schicken, nützt herzlich wenig. Führung ist gefragt. Kommunale Kriminalprävention muss Chefsache sein, dieses klare Signal muss gesetzt werden. Eine möglichst hochrangig besetzte Lenkungsgruppe, die Rückhalt gibt, den Prozessen Verbindlichkeit verleiht und Gewähr für die Umsetzung entsprechender Initiativen bietet, ist wichtig.

Wichtig ist - und das zeigen unsere praktischen Erfahrungen immer wieder - Kommunale Kriminalprävention muss auch institutionell abgesichert sein. Überall dort, wo der Prozess allein an Personen hängt, genügt schon ein Personenwechsel, um den Motor der KKP ins Stottern zu bringen.

5. KKP erfordert Präsenz

Auch Präsenz ist Prävention. Deshalb setzen wir - auch in der Fläche - auf eine starke Präsenz der Polizei und versuchen, mit unseren Dienstleistungen und Ressourcen rund um die Uhr nahe am Bürger anzusetzen. Das gilt sowohl für die Repression als auch die Prävention. Unsere dislozierte Polizeistruktur mit 155 Polizeirevieren und zusätzlich fast 80 Kriminalpolizeidienststellen bietet dazu die besten Voraussetzungen. Auch die Postenstrukturreform, die wir auf den Weg gebracht haben und mit der wir vor allem unsere Ein-, Zwei- und Dreimannposten zu größeren Polizeiposten mit bürgerfreundlicheren Öffnungszeiten zusammenfassen, liegt auf dieser Linie. Präsenz ist aber kein Selbstzweck. Sie nutzt vor allem, wenn sie mit einer niedrigen Einschreitschwelle und dem konsequenten Vorgehen gegen Ordnungsstörungen einher geht. Der Bürger muss also spüren, dass sich die Polizei um seine Bedürfnisse kümmert. Von dieser Bürgernähe und der Akzeptanz des Bürgers profitieren wir auch auf dem Feld der Prävention.

6. Keine Präventionsbürokratie

Kommunale Kriminalprävention ist ein lebendiges Netzwerk. Das sehen wir an vielen hervorragenden Projekten, die auf diesem Präventionstag draußen auf der Präventionsmeile präsentiert werden. Es bedarf keiner aufgeblähten Präventionsbürokratie. Das, was unsere Philosophie der KKP vor Ort ausmacht, nämlich kleinräumige, schlanke und effiziente Strukturen, das haben wir - entsprechend gespiegelt - auch auf Landesebene mit der Einrichtung eines sehr schlanken Projektbüros umgesetzt. In dem Projektbüro sind alle relevanten Ressorts und die Kommunalen Landesverbände vertreten. Es arbeitet zielorientiert und effizient. Der Leiter des Projektbüros ist ein ausgewiesener Fachmann, der Landeskriminaldirektor, der sich auskennt und weiß, wovon er redet. Das ist in abgehobenen Zirkeln nicht immer so der Fall. Damit gewährleisten wir die notwendige Einbindung und Vernetzung der verantwortlichen Akteure und können auch auf Landesebene schnell und Ressort übergreifend gemeinsam mit unseren Partnern agieren.

Das Landeskriminalamt als Zentralstelle für die Verbrechensbekämpfung im Land ermöglicht mit der Datenbank PräviS und den darin gespeicherten über 550 Präventionsprojekten

allein aus Baden-Württemberg den Zugriff auf einen Info-Pool, um im Sinne von „good practice“ voneinander zu lernen. Nicht jeder muss das Rad neu erfinden. Gerade in Zeiten knapper Kassen gilt es, vom Anderen zu lernen. Nicht zuletzt bietet sich über die Datenbank auch die Möglichkeit eines Benchmarkings der Dienststellen.

7. Finanzielle Förderung im Rahmen des Möglichen

Wenn es ums Geld geht, dann sind wir derzeit alle - im Bund, im Land und in den Gemeinden - in einer besonders schwierigen Situation. Von Sparzwängen ist die KKP naturgemäß nicht ausgenommen. Umso wichtiger ist es, dass wir mit kleinen Finanzspritzen Unterstützung gewähren und Hilfen geben.

Um die Kommunale Kriminalprävention weiter zu forcieren, haben wir zusammen mit der Landesstiftung Baden-Württemberg das Förderprogramm „Kriminalprävention im Kinder- und Jugendbereich“ ins Leben gerufen. Mit rund einer Mio. Euro konnten 100 örtliche Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalprävention in allen Teilen des Landes gefördert werden. Diese Mittel der Landesstiftung haben es möglich gemacht, ambitionierten Projekten in der Startphase die notwendige Schubkraft zu verleihen. Damit ist gewährleistet, dass die Projekte keine „Eintagsfliege“ sind, sondern dauerhaft fortgesetzt werden. Auf Landesebene haben wir sieben Projekte mit insgesamt 455.000 Euro unterstützt. Dies sind Projekte und neue innovative Ansätze wie ein theaterpädagogisches Präventionsprojekt zum Thema Gewalt und Drogen oder ein kinder- und jugendgerechtes Internetangebot. Als besonderes „Highlight“ hat der Film „Mondlandung“, ein zielgruppenspezifisches Präventionsangebot für junge Spätaussiedler, in der Fachwelt bundesweit hervorragende Resonanz erfahren.

Aktuell hat uns die Landesstiftung eine weitere Million Euro zur gezielten Förderung kriminalpräventiver Projekte im Kinder- und Jugendbereich zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln werden wir brennpunkt- und problemorientierte Präventionsprojekte in den Städten, Landkreisen und Gemeinden vor Ort unterstützen.

Eine undifferenzierte Förderung von kriminalpräventiven Projekten nach dem Gießkannenprinzip macht keinen Sinne und ist pure Ressourcenverschwendung. Diese Art der Förderung vermag vielleicht das soziale Gewissen zu beruhigen, mittel- und langfristig bewirkt

sie wenig. Deshalb werden wir künftig nur solche Projekte fördern, die nach wissenschaftlich anerkannten, systematisch-methodischen Standards konzipiert sind und einen nachvollziehbaren Beitrag zur Reduzierung von Kriminalität erwarten lassen.

V. Schwerpunkte und Handlungsfelder der KKP in BW

1. Lagebilder als Grundlage

Kommunale Kriminalprävention ins Blaue hinein, ohne zu wissen, weshalb und warum, macht keinen Sinn. Kommunale Kriminalprävention kann erfolgreich nur auf der Basis einer sauberen Analyse des örtlichen Kriminalitätsgeschehens, einem klaren Lagebild angegangen werden. Notwendig ist die gemeinsame Analyse der Sicherheitslage von Polizei und Kommunen. Diesen Ansatz haben wir in den letzten Jahren immer wieder verfeinert. Ein Ziel ist es, schnell und zuverlässig Kriminalitätsbrennpunkte zu erkennen. Und dies in einem Stadium, wo Brennpunkte noch beherrschbar sind. Ein kleines Feuer lässt sich bekanntlich schneller und einfacher löschen, als ein Großbrand. D.h. Polizei und Kommune müssen wissen, wann wo welche Straftaten gehäuft auftreten, wo die „hot spots“ liegen, nur dann können sie frühzeitig gezielt dort ansetzen. Das Thema Kommunale Lagebilder ist Gegenstand eines eigenen Workshops, der jetzt aber noch bis 18.00 Uhr läuft. In dem Workshop werden verschiedene Lagebildanwendungen vorgestellt; unter anderem wird auch unser künftig landesweit zur Anwendung kommende, DV-gestützte tagesaktuelle Lagebild namens LABIS präsentiert. Ein sehr interessanter Ansatz ist auch der Heidelberger Kriminalitätsatlas, der auf diese Fragen - wenn auch nicht tagesaktuell - aber doch sehr dezidiert Antwort gibt und insofern eine hervorragende Planungsgrundlage ist.

2. Gemeinsame Sicherheitsanalysen

Jüngste Innovation bei uns sind die im Herbst 2002 eingeführten gemeinsamen Sicherheitsanalysen von Polizei und Kommunen. Sie bilden den Ausgangspunkt für eine stärker vernetzte Planung kriminalpräventiver Maßnahmen. Der Einstieg in die gemeinsame Analyse erfolgt zumeist zu Jahresbeginn auf der Basis der PKS. Polizeiliche und kommunale Erkenntnisse über Straftaten, Ordnungsstörungen, Graffiti, soziale Problempunkte, sich abzeichnende Angsträume und andere sicherheitsrelevante Aspekte werden systematisch zusammengeführt und analysiert. Dann folgt der entscheidende Schritt: konkrete Lösungen werden gesucht, vereinbart und angegangen.

Durch die fachübergreifende öffentliche Präsentation der Analyseergebnisse durch den örtlichen Polizeichef gemeinsam mit dem Oberbürgermeister, Bürgermeister oder Landrat werden die gemeinsamen Grundlagen und Arbeitsschwerpunkte von Polizei und Kommune transparent. Die vernetzte kriminalpräventive Sicherheitsarbeit wird für die Beteiligten und natürlich auch für die Bürgerinnen und Bürger greifbar. Es werden verpflichtende Signale gesetzt, was gemeinsam angepackt werden soll.

3. Jugendkriminalität

„Erfolgreich“ ist wohl das am häufigsten gebrauchte Adjektiv, wenn es um das „Haus des Jugendrechts“ hier in Stuttgart oder um unser Programm „Jugendliche Intensivtäter“ geht. Die vernetzte Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Jugendhilfe zahlt sich aus.

Wir haben traditionelle Arbeitsabläufe aufgebrochen und die in Jugendstrafsachen eingebundenen Institutionen im Modellprojekt „Haus des Jugendrechts“ erstmals unter einem Dach vereint. Die Verfahren sind aber nicht nur schnell, sondern auch qualitativ besser geworden. Die sozialen Bezüge, die Situation der Jugendlichen, ihr Umfeld und die Gründe, die zur Tat geführt haben, werden durch die „Draufsicht“ aus verschiedenen Perspektiven deutlich besser ausgeleuchtet. Und eines ist auch klar: Je besser die Diagnose, je klarer der Befund, je zielgenauer und angemessener kann auch die Reaktion sein. Für Jugendliche ist es wichtig, dass die Sanktion auf ihre Tat möglichst schnell kommt. Wenn erst nach einem halben Jahr etwas passiert, ist das in der Lebenswelt junger Menschen Lichtjahre her, der Bezug zur Tat fehlt, die Strafe verpufft, eine kritische Auseinandersetzung mit der Tat findet dann jedenfalls nicht mehr statt. Mit dem Haus des Jugendrechts, aber auch mit dem Intensivtäterprogramm kommen wir weg von der Anonymität der Behörden. Hinter den Institutionen Polizei, Jugendhilfe und soweit möglich auch der Staatsanwaltschaft stehen Gesichter. Wir haben aus beiden erfolgreichen Projekten gelernt und Konsequenzen für die landesweite Bearbeitung der Jugendkriminalität gezogen.

Unser Konzept zur optimierten präventiven und repressiven Bekämpfung der Jugendkriminalität sieht vor, zentrale Arbeitstechniken aus dem Haus des Jugendrechts und dem Intensivtäterprogramm landesweit zu nutzen. Mit der Einführung des Wohnortprinzips in der polizeilichen Sachbearbeitung, schaffen wir übereinstimmende Zuständigkeiten zwischen Polizei, Justiz und Jugendhilfe - eine wichtige Voraussetzung für optimale Zusammenarbeit. Auch setzen wir nicht erst am Ende der Interventionskette an, sondern nehmen künf-

tig insbesondere die sogenannten „Schwellentäter“ ins Visier, also diejenigen, die dauerhaft in die Kriminalität abzugleiten drohen. Wichtig ist auch hierbei die zeitnahe, differenzierte und abgestufte Reaktion auf Straftaten junger Menschen durch den Ausbau der Diversion. Dazu haben wir ein spezielles Stufenmodell entwickelt, das eine einzelfallbezogene Reaktion erlaubt.

4. Gewalt an Schulen

Vor der Gewalt im schulischen Bereich die Augen zu verschließen, ist definitiv der falsche Weg. Das haben die Schulen selbst erkannt. Früher traten sie der Polizei gegenüber oft abweisend auf. Man war um den Ruf der Schule besorgt und wollte sich keine pädagogische Blöße geben. Heute ist es anders; Schule und Polizei verstehen sich als Partner und arbeiten Hand in Hand. Im Zuge der Kommunalen Kriminalprävention hat sich hier vieles bewegt. Mit einiger Verzögerung ist, so wie die KKP selbst gewachsen ist, nun auch diese Zusammenarbeit gewachsen. Heute steht sie auf einem breiten Fundament. Die Zeiten, in denen Gewalt- und Suchtprobleme von den Schulen mit „spitzen Fingern“ behandelt wurden, sind Gott sei Dank vorbei. Die Polizei engagiert sich in erheblichem Umfang in den Schulen: Sie ist im Unterricht und bei Projekten, ja sogar mit Sprechstunden in den Schulen präsent. Bei über 6.000 Veranstaltungen im letzten Jahr konnten fast 200.000 Schüler aller Schularten und Klassen mit kriminalpräventiven Botschaften erreicht werden. Schwerpunkt waren mit fast 3.400 Veranstaltungen und über 100.000 Schülern Gewaltprävention, gefolgt von Suchtvorbeugung mit über 1.700 Veranstaltungen, bei den knapp 70.000 Schüler erreicht wurden.

5. Gewalt im sozialen Nahraum

Auch unser Vorgehen gegen die innerfamiliäre Gewalt - das sogenannte Platzverweisverfahren - hat sich positiv entwickelt. Dies ist mit darauf zurückzuführen, dass auch hier die Kommunen voll mitziehen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, zumal der Platzverweis keine direkte Prävention, sondern vom Zuschnitt her doch relativ stark repressiv geprägt ist. Ich denke, dass es ganz wesentlich die funktionierende Partnerschaft war, die den Platzverweis zum Erfolg geführt hat. Und das, obwohl jeder weiß: Die Polizei allein kann immer nur die akute Konfliktsituation entschärfen, aber mit ihrem Einschreiten keine Dauerlösung bewirken. Lassen Sie mich kurz illustrieren, was der Platzverweis für die Polizei bedeutet: Vor dem Platzverweisverfahren musste die Polizei oft immer wieder zum gleichen Tatort ausrücken. Es war im wahrsten Sinne des Wortes häufig eine Sisyphusarbeit

für die Polizei, mit ihrem „Türspaltwissen“ in entsprechend konfliktgeladener Atmosphäre vor Ort die richtigen Maßnahmen zu treffen. Unseren Kolleginnen und Kollegen im Streifen dienst wird bei ihrem Einschreiten hier einiges abverlangt. Oft wissen sie nicht, ob sie sich in einer Familie befinden, in der Gewalt zum typischen Verhaltensmuster gehört? Sind Sofortmaßnahmen zum Schutz der Frau oder Kinder erforderlich? Lärm, Stress, Hektik, schreiende Kinder, eventuell verletzte Personen, Nachbarn, lautstarke Auseinandersetzungen und eine insgesamt oft unübersichtliche Situation sind für diese Einsatzlagen geradezu typisch. Rechtlich und taktisch richtiges Vorgehen ist gefragt, ebenso aber auch psychologische Kenntnisse und Einfühlungsvermögen im Umgang mit den oft hilflosen, eingeschüchterten und auch psychisch sehr verletzlichen Opfern. Sie sehen, am Platzverweis hängt sehr viel. Und deshalb ist es uns - auch im Interesse der Opfer - so wichtig, dass die Anschlussmaßnahmen funktionieren, dass Polizei, Ordnungsamt, Beratungslandschaft, Frauenhäuser, Staatsanwaltschaft, Justiz, Rechtsanwälte, Klinikambulanzen und Ärzte, Jugendamt und Allgemeiner Sozialer Dienst an einem Strang ziehen - sonst bleibt der Platzverweis ein Strohfeder.

Es war übrigens die Polizei, die das Platzverweisverfahren in Baden-Württemberg auf der Grundlage eines Modellversuchs schon im Jahr 2000 initiierte, lange vor dem Gewaltschutzgesetz. Die Polizei hatte erkannt, dass dem Phänomen häuslicher Gewalt nicht beizukommen ist, wenn nur an den Symptomen herumkuriert wird. Dass die Polizei in Baden-Württemberg heute konsequent auch gegen die Gewalt hinter den Wohnungstüren vorgeht, zeigt der im Vergleich zum Vorjahr 22-prozentige Anstieg der wegen häuslicher Gewalt ausgesprochenen Platzverweise - bei 10.486 registrierten Einsätzen wegen häuslicher Gewalt wurden im Jahr 2003 insgesamt 2.127 Platzverweise ausgesprochen.

6. Aussiedler

Ich bin dafür, auch in diesem Bereich ohne ideologische Scheuklappen die Dinge beim Namen zu nennen und bestehende Kriminalitätsprobleme nicht unter den Teppich zu kehren. Insbesondere ein Teil der jungen Spätausländer sorgt in einigen Landkreisen für Probleme. Häufig mussten sie ihre bisherige Heimat gegen ihren Willen verlassen. Ihrer Sozialkontakte beraubt, fühlen sie sich in Deutschland fremd, müssen die deutsche Sprache erst lernen, haben Schulschwierigkeiten und sind stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Nur oberflächlicher Kontakt zur einheimischen Bevölkerung, mangelndes Vertrauen zum Staat und seinen Organen, Abschottung, Gruppenbildung, Aggression, Gewalt und ein Leben nach

eigenen Regeln sind oftmals die weiteren Stationen auf dem Weg in die Kriminalität. Hier bewährt sich einmal mehr unsere Doppelstrategie aus Repression und Prävention. Schnell und konsequentes Einschreiten gehört für uns genauso dazu, wie die Hand zur Hilfe auszustrecken. Da Spätaussiedler mit direkten Ansprachen und Präventionsinitiativen häufig aber nur schwer zu erreichen sind, ist es wichtig, Konzepte und Programme so auszurichten, dass wir die Spätaussiedler dort erreichen, wo sie leben, ihre Freizeit verbringen und arbeiten. Unser Ziel im Rahmen der KKP ist es, mit innovativen Medien einen Zugang zu den Spätaussiedlern zu schaffen, Barrieren und Vorbehalte abzubauen.

Dafür sind wir bereit, auch unkonventionelle Wege zu gehen - wie z.B. mit dem Filmprojekt „Mondlandung“. Gezielt nutzen wir auch beispielsweise jene Sportarten, die junge Spätaussiedler besonders ansprechen, um sie aus den Übergangwohnheimen oder von der Straße zu holen und dabei möglichst auch mit einheimischen Jugendlichen in Kontakt zu bringen. Über attraktive Sportangebote, ich denke hier an das Stuttgarter Projekt „Boxen im Osten“ oder an Fußballturniere mit unseren jungen Bereitschaftspolizisten, gelingt es uns am ehesten, bei dieser Zielgruppe Fuß zu fassen. Diese Aktivitäten sind nicht nur sportlicher Natur: Sie schaffen Vertrauen und tragen dazu bei, gegenseitig bestehende Berührungängste und Vorurteile abzubauen. Erst dann sind die „Kanäle“ offen und der Boden für die inhaltlichen Botschaften unserer Sucht- und Gewaltprävention bereitet.

7. Ehrenamtliches Engagement

Vor dem Hintergrund der leeren öffentlichen Kassen, aber auch, um die KKP in der Bevölkerung breit zu verankern, gilt es, gezielt Bürgerinnen und Bürger für die Mitarbeit in der KKP zu gewinnen. Hierzu muss das Ehrenamt und Bürgerschaftliche Engagement auf breiter Front gefördert, anerkannt und unterstützt werden. Dabei ist uns allen bewusst, dass der Einbeziehung des Ehrenamtes Grenzen gesetzt sind. Es gilt, genau zu prüfen, welche Aufgaben durch ehrenamtliches Engagement übernommen werden können. Je enger der hoheitliche Bezug, desto schwieriger gestaltet sich die Einbindung Ehrenamtlicher. Im Bereich der Prävention sehe ich aber im Grunde wenig Hindernisse. Es gibt viele hervorragende Beispiele: von Patenschaften für Spielplätze über Hausaufgabenbetreuung, Aufsicht in Jugendtreffs, Job-Börsen, Engagement in Vereinen u.v.a. mehr. Oder ganz aktuell das Karlsruher Projekt, bei dem pensionierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte Opfer von Straftaten betreuen und sie bei anfallenden Behördengängen unterstützen.

8. Städtebau und Kriminalprävention

KKP erschließt je nach „Reifegrad“ der Kooperation neue Handlungsfelder. Bestes Beispiel hierfür ist unsere aktuelle Initiative für eine landesweite Empfehlung zur verstärkten Berücksichtigung sicherheitsfördernder Aspekte im Städtebau. Ganz selbstverständlich sitzen hier Vertreter der Architektenkammer, der Stadtplanung und der Universität mit am Tisch, wenn es gilt, die zwischen Stadtplanung und Kriminalprävention bestehenden Zusammenhänge zu erörtern und gemeinsame Ansätze zur landesweiten Umsetzung auszuloten. Nur so kann die Kompetenz verschiedener Fachrichtungen gebündelt werden.

Insbesondere bei städtebaulichen Planungen und Entwicklungen ist ein gemeinsames Handeln aller verantwortlichen Akteure erfolgsentscheidend, um kriminalitätsfördernde Faktoren bereits in der Planungsphase berücksichtigen zu können. Die Polizei wird hier künftig ihr Fachwissen und ihr kriminalpräventives Know-how gezielt einbringen, um den Bereich der städtebaulichen Kriminalprävention weiter zu forcieren. Hier bewegt sich die Polizei auf ein weit vorgelagertes Feld der Prävention. Das hat nichts mehr mit klassischer Polizeiarbeit, sprich Abwehr konkreter Gefahren und Strafverfolgung zu tun. Und dennoch ist es richtig, sich als Polizei auf dieses Gebiet zu begeben, die Dinge aktiv mitzugestalten, anstatt sich hinterher über kriminalitätsfördernde Strukturen zu beklagen.

9. Evaluation tut Not

Trotz aller bisherigen Erfolge in der Kommunalen Kriminalprävention haben wir uns die Frage zu stellen, wie die Qualität der Präventionsarbeit gesichert und weiter gesteigert werden kann. Gerade in Zeiten knapper Ressourcen erlangt Qualitätssicherung besondere Bedeutung. Kriminalpräventive Projekte müssen sich stärker noch als bislang mit der Frage nach ihrer Wirksamkeit auseinandersetzen. Permanente kritische Selbstüberprüfung setzt die Bereitschaft voraus, sich gegebenenfalls von einem zunächst vielversprechenden Projekt zu trennen.

Das vom Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) gemeinsam mit Wissenschaftlern entwickelte Handbuch „Qualitätssicherung polizeilicher Präventionsprojekte - Eine Arbeitshilfe für die Evaluation“ liefert hier eine gute Grundlage. Sie zeigt, dass Evaluation nicht immer teuer und aufwändig sein muss. Die festgelegten Standards der Handreichung tragen dazu bei, dass Präventionsmaßnahmen schon bei der Planung so konzipiert werden, dass eine qualitätssichernde Überprüfung möglich ist. Unse-

re aktuell laufende Ausschreibung zur Förderung der Jugendkriminalprävention haben wir an diesen Standards orientiert.

VI. Die Rolle der Polizei in der KKP

Auch die Polizei hat sich mit der Einführung der Kommunalen Kriminalprävention entwickelt. Sie ist offener, transparenter und kommunikativer geworden. Sie ist heute ein geschätzter Partner, der mit vielen Kooperationspartnern eng zusammenarbeitet und sich mit seinem Fachwissen als moderner Dienstleister im Bereich der Inneren Sicherheit einbringt. Gelegentlich werden Kritiker innerhalb und außerhalb der Polizei laut, die der Polizei vorwerfen, sie „lehne sich zu weit aus dem Fenster“. Bisweilen sei ihre Arbeit nicht mehr von der eines Sozialpädagogen zu unterscheiden. Lassen Sie mich hierzu klarstellen: Polizeibeamtinnen und -beamte sind keine „Sozialingenieure“, welche die Aufgaben von Lehrern, Suchtberatern und Sozialarbeitern übernehmen wollen. Der polizeiliche Präventionsauftrag unterliegt Grenzen, die sich an der gesetzlichen Aufgabenzuweisung orientieren. Aber, das Engagement der Polizei hier bei uns in Baden-Württemberg hat der Polizei selbst gut getan; sie ist bürgernäher und sensibler geworden. Und zudem: Noch nie hat es geschadet, einen Blick über den Tellerrand hinaus zu wagen.

VII. Fazit

Das Fazit meines Vortrags möchte ich in neun Thesen zusammen fassen:

1. KKP entsteht nicht von heute auf morgen. Es ist wichtig, den Boden für die KKP zu bereiten.
2. KKP muss Chefsache sein. Der Erfolg ist in hohem Maße vom Engagement kommunaler, staatlicher und gesellschaftlicher Entscheidungsträger abhängig.
3. KKP muss von einem Prozess der Kontinuität geprägt sein, der aktuelle Entwicklungen berücksichtigt und anpassungsfähig ist. Deshalb muss KKP als integraler Bestandteil der Kommunalpolitik dauerhaft verankert werden.
4. KKP muss frühzeitig einsetzen und konsequent ursachenorientiert angelegt sein. Kriminalpräventive Maßnahmen sind auf der Basis kleinräumiger, aktueller Lagebilder und gemeinsamer Sicherheitsanalysen zu planen und vor Ort umzusetzen.

5. KKP lebt im Sinne des gesamtgesellschaftlichen Ansatzes von der Kooperation und dem Erfahrungsaustausch interdisziplinärer Partner sowie der Einbeziehung des ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements.
6. KKP berücksichtigt neben den objektiv messbaren Daten vor allem auch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Eine konsequente Bürgerorientierung ist Voraussetzung für eine erfolgreiche KKP.
7. KKP gestaltet Lebensräume, in denen sich Junge und Alte wohl fühlen können, in denen Miteinander und Toleranz herrscht. Sie wirkt Gewalt und anderen Straftaten entgegen.
8. KKP bedarf finanzieller Förderung, die langfristig zu deutlichen Einsparungen führt und die kommunalen Haushalte entlastet. Insofern gilt es, nicht an, sondern durch KKP zu sparen!
9. KKP sollte die von der Wissenschaft gebotenen methodischen Hilfen bereits in der Planung kriminalpräventiver Maßnahmen nutzen. Wissenschaftliche Begleitung mit Wirkungs- und Erfolgskontrolle trägt zur Qualitätsverbesserung bei; Bürokratisierungen hierbei sind allerdings zu vermeiden.

Meine Damen und Herren,

mit Kommunalen Kriminalprävention haben wir es selbst in der Hand, etwas gegen die Probleme in unseren Städten und Gemeinden zu tun. Kommunale Kriminalprävention lebt vom ständigen Erfahrungsaustausch - auch über Landesgrenzen hinweg. Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden. Mehr denn je gilt es, von erfolgreichen und bewährten Projekten zu lernen. Dafür ist dieser große Kongress hervorragend geeignet. Ich würde mich freuen, wenn Sie viele Ideen und Anregungen für Ihre Präventionsarbeit vor Ort aus Stuttgart und Baden-Württemberg mit nach Hause nehmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und stehe für Fragen zur Verfügung.